

BASis Info 01/2025

Neues von der Duisburger SPD-Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas

Foto: photothek

Liebe Leserin, lieber Leser,

die letzte reguläre Sitzungswoche dieser Wahlperiode wurde überschattet von der furchtbaren Tat in Aschaffenburg. Unser tiefes Mitgefühl gilt den Eltern des ermordeten Kleinkindes und den Angehörigen des getöteten Mannes, der zu Hilfe eilte. Warum der mutmaßliche Täter sich noch in Deutschland aufgehalten hat, muss schnellstens aufgeklärt werden. Während CDU/CSU mit unausgereiften und taktischen Anträgen politische Stimmung machen, schlagen wir konkrete und umsetzbare Gesetze vor, um die Sicherheit in unserem Land weiter zu verbessern. Dazu gehören das Bundespolizeigesetz, die nationale Umsetzung der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) sowie Teile des Sicherheitspakets. All das haben CDU/CSU bisher abgelehnt. Die Vorschläge von CDU/CSU hingegen brechen mit dem Grundgesetz und den europäischen Verträgen. Für uns steht das Grundrecht auf Asyl nicht zur Debatte.

CDU/CSU haben bei der Abstimmung im Bundestag - in der Woche, in der wir im Bundestag anlässlich des 80. Jahrestages der Befreiung des KZ Auschwitz-Birkenau den Opfern des Nationalsozialismus gedacht haben - bewusst eine Mehrheit mit der AfD in Kauf genommen. Das ist ein politischer Tabubruch und eine Schande. CDU/CSU waren zudem bereit, ein Gesetz mit den Stimmen der AfD zu verabschieden. Dass es am Ende knapp nicht gereicht hat, ändert nichts daran: Die Brandmauer ist gefallen, CDU/CSU haben sich von ihrem Grundsatz verabschiedet, keine Mehrheit jenseits der demokratischen Mitte zu suchen. Dieser Versuch ist gescheitert - aber der Schaden bleibt. Für mich ist

ganz klar: Wir dürfen auch in Wahlkampfzeiten, im Parlament bewährte Wege der Kompromissfindung nicht außer Acht zu lassen. Herausforderungen kann man nur bewältigen, wenn die demokratische Mitte stets so miteinander umgeht, dass stabile und verlässliche Koalitionen auch nach einem harten Wahlkampf möglich bleiben. Wenn wir diesen Grundkonsens aufgeben, werden künftige Regierungsbildungen in der Mitte schwierig bis unmöglich. Spätestens dann droht unserer Demokratie schwerer Schaden.

In dieser Sitzungswoche konnten wir noch viele wichtige Vorhaben abschließen. Damit zeigen wir deutlich: Wir nehmen unsere parlamentarische Verantwortung für die Menschen in unserem Land wahr. Dazu zählen Verbesserungen in den Bereichen Wirtschaft, Energie und Finanzmarkt. Außerdem stärken wir Hausarztpraxen, indem wir die Budgetobergrenzen endlich abschaffen. Wir weiten den Mutterschutz bei Fehlgeburten aus. Und wir sorgen dafür, dass Musikschulen und andere Bildungseinrichtungen nach dem Herrenberg-Urteil erhalten bleiben. Wir verbessern zudem die Situation von Soldatinnen und Soldaten der Brigade Litauen und ihren Familien.

Zudem hat der Bundestag in erster Lesung zwei Gruppenanträge beraten, die darauf abzielen, die Verfassungswidrigkeit der AfD durch das Bundesverfassungsgericht feststellen zu lassen. Die Anträge wurden zur weiteren Beratung in den Ausschuss für Inneres und Heimat überwiesen.

Herzliche Grüße Bärbel Bas



Gedenkstunde im Bundestag für die Opfer des Holocaust



Ich war selbst im vergangenen Sommer in der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau. Die Arbeit der Gedenkstätte hat mich sehr beeindruckt, so wie auch die Arbeit der internationalen Jugendbegegnungsstätte. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Jugendbegegnung, die auch an der Gedenkstunde im Bundestag teilnahmen, waren in den vergangenen Tagen in Auschwitz. Sie haben Überlebenden zugehört und tragen damit die Erinnerung in die Zukunft.

Im Deutschen Bundestag gedachten wir in dieser Woche der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz am 27. Januar 1945. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier sowie der Holocaust-Überlebende Roman Schwarzman hielten die Reden.

Roman Schwarzman ist Vorsitzender der Vereinigung ehemaliger jüdischer Ghetto- und KZ-Häftlinge in Odessa. Als Kind hat er selbst im Ghetto Bershad gelebt.

Begleitet wurde die Gedenkstunde durch Musik von zwei Komponisten, deren Leben wegen ihrer jüdischen Abstammung von Flucht und Verfolgung geprägt waren.

Ungefähr 7.000 Menschen befreite die Rote Armee aus dem Lagerkomplex Auschwitz. Mehrere Hundert von ihnen starben in den Monaten nach der Befreiung. Die meisten Gefangenen hatte die SS vor der Befreiung ermordet, mehrere Zehntausend auf Todesmärsche gen Westen geschickt. 80 Jahre sind diese schrecklichen Ereignisse her. Doch solches Grauen vergeht nicht. Solche Verletzungen der Seele kann selbst die Dauer eines Menschenlebens nicht heilen.

Wir müssen weiterhin aufzeigen und auch weiterforschen, wie unvorstellbar weit die Verbrechen der Nationalsozialisten reichten. Gerade heute, in diesen Zeiten, ist historisches Bewusstsein besonders wichtig. Hierzulande und weltweit greift der Antisemitismus um sich. Wir dürfen uns unserer historischen Verantwortung niemals entziehen. Deshalb dürfen wir nicht aufhören hinzusehen, hinzuhören, nachzufühlen.

Jede und jeder von uns sollte sich immer wieder fragen: Was bin ich bereit, für das „Nie wieder“ zu tun?

Die gesamte Gedenkstunde finden Sie unter: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2025/kw05-gedenkstunde-nachbericht-1041606>.





Neujahrsempfang der Niederrheinischen IHK

Die Arbeit der Industrie- und Handelskammern und besonders der Niederrheinischen IHK ist mir seit vielen Jahren vertraut. Umso mehr habe ich mich gefreut, Anfang Januar in der Mercatorhalle beim Neujahrsempfang der Niederrheinischen IHK Duisburg-Wesel-Kleve als Bundestagspräsidentin die Festansprache zu halten.

Die Industrie- und Handelskammern sind zu Recht stolze Institutionen und halten das Leitbild des ehrbaren Kaufmanns hoch. Heute heißt das auch: Einzustehen für unsere Demokratie!

Wirtschaftlicher Erfolg ist wichtig für unsere Demokratie. Wer gute Arbeit hat, ist zufriedener mit unserer Demokratie. Gleichzeitig gilt: Die Demokratie sichert wirtschaftlichen Erfolg, weil die Menschen besser ausgebildet sind, Kompromisse zum Wohle aller umgesetzt werden und sich nur in De-

mokratien die Unternehmerinnen und Unternehmer auf einen rechtsverbindlichen Rahmen wirklich verlassen können. Und die Demokratie ist die einzige Staatsform, in der die Sorgen von Wirtschaft und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wirklich gehört werden. Lassen Sie uns daher auch 2025 mit Optimismus und Tatkraft gemeinsam anpacken: Für eine starke Wirtschaft und eine lebendige Demokratie.



Anstoß der Finalrunde beim Stadtpokal



Mitreißende Spiele, spannende Entscheidungen und eine großartige Stimmung prägten den diesjährigen Stadtpokal. Zahlreiche Fans feuerten ihre Mannschaften an und machten das traditionelle Turnier in der Sporthalle an der Krefelder Straße in Rheinhausen zu einem echten Highlight.

Organisiert von der Fachschaft Fußball im Stadtsportbund Duisburg e.V. und unter der Schirmherrschaft von Oberbürgermeister Sören Link bot das Turnier Anfang Januar packende Fußballmomente und zeigte den starken Teamgeist der teilnehmenden Mannschaften. Ich hatte die Ehre, den Anstoß der Finalrunde auszuführen – ein besonderer Moment, der mir viel Freude bereitet hat!

Herzlichen Dank an alle Teams, Organisatoren und Unterstützenden, die diese Veranstaltung möglich gemacht haben. Solche Tage sind ein wunderbares Beispiel dafür, wie der Sport Menschen zusammenbringt und die Gemeinschaft stärkt.

Ich gratuliere dem VfB Homberg ganz herzlich zum Turniersieg und freue mich schon jetzt auf das nächste Stadtpokal-Turnier!



Mein Tagebuch



Die Beschäftigten und der Betriebsrat von Thyssenkrupp Steel kämpfen für die Zukunft ihres Werks und ihrer Arbeitsplätze. Die skeptischen Aussagen von Friedrich Merz zur klimaneutralen Stahlproduktion haben für große Verunsicherung gesorgt.

Daher war es mir und meinen Duisburger Kollegen Mahmut Özdemir, dem Oberbürgermeister Sören Link und dem Landtagsabgeordneten Frank Börner wichtig, an der Mahnwache der Beschäftigten von Thyssenkrupp Steel am Tor 1 am 20. Januar teilzunehmen. Ich danke auch herzlich Bundesarbeitsminister Hubertus Heil für seine Solidarität und seine klare Haltung: Die wasserstoffbasierte Stahlproduktion ist der richtige Weg, um Arbeitsplätze zu sichern und unsere technologische Führungsrolle in der Klimawende zu bewahren.

Gemeinsam haben wir deutlich gemacht: Wir stehen fest an der Seite der Beschäftigten und dem Betriebsrat von Thyssenkrupp Steel.

Im Interview mit der WAZ habe ich mich klar zur Stahlkrise geäußert. Das Interview können Sie nachlesen unter: <https://www.waz.de/wirtschaft/article408093478/bas-zu-stahl-und-thyssenkrupp-uns-rennt-die-zeit-davon.html>.



Die grüne Transformation im Stahl ist für uns überlebenswichtig.

Der herkömmlich gekochte Stahl aus China ist so billig – das können wir ohnehin niemals toppen. Es geht nur über eine neue, klimaneutrale Technologie.

WAZ, 17.01.2025

Bis zum nächsten Mal, ich freue mich drauf!

Impressum und Kontakt

V.i.S.d.P.:

Bärbel Bas, MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/227-75607, Fax: 030/227-76607

baerbel.bas@bundestag.de, www.baerbelbas.de

Meine Datenschutzerklärung finden Sie hier:
<https://www.baerbelbas.de/kontakt/datenschutz.html>.

Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr bekommen möchten, können Sie sich hier jederzeit abmelden:
<https://www.baerbelbas.de/medien/newsletter-abo.html>

Neues zum Schluss